

Stadtverwaltung Weimar, Postfach 2014, 99401 Weimar

 Thüringer Landesverwaltungsamt
 Referat 240, STS
 J.-Semprun-Platz 4

99423 Weimar

Z.W.V.	V	4	AE
P	Thüringer Landesverwaltungsamt	Abt. II	
PR		RG:	
VP	03. Juni 2019	Ref.:	

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	Datum 29.05.2019
---------------------------------	-------------------------------------	---------------------

Büro des Oberbürgermeisters

Büroleiter

**Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung
 kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung ge-
 richtsorganisatorischer Vorschriften (DS 6/6960)
 hier: Anhörung der Stadt Weimar zum vorgenannten Gesetzentwurf**

 Hausanschrift:
 Schwannsestr. 17
 99423 Weimar

 ☎: 03643-762
 ☎: 03643-762

Email:

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme im Anhörungsverfahren
 zum o.g. Gesetzentwurf der Landesregierung.

Diese Stellungnahme beruht auf dem Beschluss des Weimarer Stadtrates vom 10.04.2019, DS-Nr. 2019/128/V. Hiernach wurde der Oberbürgermeister beauftragt, beim Land einen Antrag auf Neugliederung der Stadt Weimar mit der Gemeinde Nohra (bestehend aus den Ortsteilen Ulla, Nohra, Obergrunstedt und Utzberg) zu stellen und die hierfür erforderlichen Gespräche mit der Nachbargemeinde zu führen. Das Schreiben des Oberbürgermeisters vom 27.3.2019 an den Innenminister (Antrag auf Neugliederung) wurde nachträglich legitimiert. Der Oberbürgermeister wurde weiterhin beauftragt, mit weiteren Gemeinden der VG Grammetal sowie mit der Gemeinde Ettersburg ins Gespräch zu kommen und für eine Neugliederung mit der Stadt Weimar zu werben, die Vor- und Nachteile einer Aufnahme in die Stadt Weimar vor Ort darzustellen und im Erfolgsfall die entsprechenden Anträge auf Neugliederung zu stellen. Der Beschluss des Weimarer Stadtrates ist diesem Schreiben als Anlage beigelegt.

Mit § 16 des vorliegenden Gesetzentwurfes sind die Belange der kreisfreien Stadt Weimar bezüglich ihrer künftigen finanziellen und strukturellen Entwicklung betroffen. Grundsätzlich steht die Stadt Weimar daher der Neugliederung einer Landgemeinde Grammetal ablehnend gegenüber. Insbesondere, da bislang keine sachliche und umfassende Auseinandersetzung und Abwägung der Vor- und Nachteile, die mit der Schaffung einer Landgemeinde im Vergleich zu einer möglichen Neugliederung der Stadt Weimar, geführt worden ist. Die Vor- und Nachteile einer Eingliederung der Gemeinde Nohra in eine Landgemeinde sind nicht ausreichend dargestellt, insbesondere nicht im Vergleich zu einer Zuordnung der Gemeinde Nohra zur Stadt Weimar.

Das Ansinnen der Stadt Weimar auf Neugliederung der Stadt Weimar mit der Gemeinde Nohra (bestehend aus den Ortsteilen Ulla, Nohra, Obergrunstedt und Utzberg) dient der Steigerung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft sowohl der bisherigen Strukturen, aber auch der Gemeinde Nohra. Zur Erfüllung der Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises ist die kreisfreie Stadt Weimar deutlich leistungstärker, als eine im Gesetzentwurf geplante neuzugründende Landgemeinde. Sie hat auch eine deutlich leistungsfähigere Verwaltungsstruktur, um die Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises zu erfüllen. Mit einer höheren Verwaltungskraft, also mit geeigneten Verwaltungsstrukturen und einer genügenden Anzahl von spezialisiertem Personal kann die Stadt Weimar sachgerecht entscheiden. Sie wird damit den Erwartungen der Wirtschaft und den Belangen der Bürger so deutlich gerechter, als es eine Landgemeinde mit ihrer dann geringeren Leistungsfähigkeit bieten kann.

Bereits die in der Begründung zum Gesetzentwurf formulierte Ausgangslage unterstreicht diese Haltung der Stadt Weimar: „Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden wird von verschiedenen Rahmenbedingungen beeinflusst. Hierzu gehört in erster Linie ihre Einwohnerzahl. So entsprechen Gemeinden den genannten Leistungsanforderungen und dem verfassungsrechtlichen Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung in der Regel umso mehr, je größer ihre Einwohnerzahl ist.“ Mit der für das Jahr 2035 prognostizierten Einwohnerzahl einer künftigen Landgemeinde „Grammetal“ mit dann 6059 Einwohnern erreicht die Gemeinde gerade so die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 Menschen.

Anders, als der Thüringer Trend mit rückläufigen Einwohnerzahlen, ist die Entwicklung der Weimarer Bevölkerung, analog der benachbarten kreisfreien Städte Jena und Erfurt, zunehmend positiv. Betrug die Zunahme des Bevölkerungsstandes Ende 2017 noch 201 Personen gegenüber dem Vorjahr, so waren Ende 2018 bereits 644 neue Bürger zu verzeichnen. Dieser positive Trend spricht mit Blick auf das Jahr 2035 deutlich mehr für eine Eingliederung der Gemeinde Nohra und ihrer Ortsteile zur Stadt Weimar, statt zu einer künftigen Landgemeinde. Weitere wesentliche Einflussfaktoren in Bezug auf die höhere Leistungsfähigkeit der Stadt Weimar gegenüber einer Landgemeinde sind insbesondere der Umfang der verfügbaren Finanzmittel, die Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge, die höhere Verfügbarkeit an qualifiziertem und spezialisiertem Personal sowie die Möglichkeiten aufgrund der Weiterentwicklung der technischen, der verkehrlichen, der sozialen und nicht zuletzt der Verwaltungs-Infrastrukturen.

Eine Eingliederung der Gemeinde Nohra und ihrer Ortsteile zur Stadt Weimar wäre eine Maßnahme zur Stärkung der Stadt Weimar als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums. Eine modere, lebendige kommunale Selbstverwaltung setzt eine leistungsfähige und handlungsfähige Stadt Weimar voraus, die auch in Zukunft den Herausforderungen, die sich aus den fortschreitenden Veränderungen der Rahmenbedingungen ergeben, gewachsen ist. Eine solche Eingliederung entspricht vollumfänglich dem Leitbild für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen in der 6. Legislaturperiode. Ziel ist die Schaffung einer leistungsstarken und verwaltungsstarken Gebietskörperschaft, die dauerhaft in der Lage ist, die ihr obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Hier von würden die Einwohner der Gemeinde Nohra und ihrer Ortsteile deutlich stärker profitieren, als durch Aufnahme in eine Landgemeinde.

Die Stadt Weimar steht der Bildung der Landgemeinde Grammetal ablehnend gegenüber, da sie im Widerspruch zum Landesentwicklungsprogramm Thüringens 2025 steht. Gemeinden, die wie die Stadt Weimar in diesem Programm als Ober- oder Mittelzentrum ausgewiesen sind, sollen durch Eingliederungen von Umlandgemeinden gestärkt werden. Eine solche Stärkung wäre die Eingliederung der Gemeinde Nohra zur Stadt Weimar.

Diese Neugliederung würde die Finanzkraft der Stadt Weimar stärken, deren wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten erweitern, und somit die Stadt Weimar in die Lage versetzen, die aktuellen und zukünftigen eigenen und übertragenen Aufgaben effizient, sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich in hoher Qualität im Interesse der bestmöglichen Daseinsvorsorge für ihre Einwohner wahrzunehmen.

Die Eingliederung der Gemeinde Nohra würde die finanziellen Handlungsspielräume der Stadt Weimar zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung und Gestaltung der örtlichen Angelegenheiten stärken und verbessern.

Die Stadt Weimar als ausgewiesenes Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums hat das Ziel, über ihre Grenzen hinaus auch für einen größeren Umlandbereich Aufgaben der Daseinsvorsorge in besonderem Umfang erfüllen zu können. Dies gelingt sich bereits bei der Abwasserentsorgung oder der Wasserversorgung. Die Gemeinde Nohra und ihre Ortsteile sind bereits dem Grundversorgungsbereich der kreisfreien Stadt Weimar zugeordnet. Die Stadt Weimar als kreisfreie Stadt kann für die Gemeinde Nohra sämtliche grundzentralen Funktionen sowie eine bedarfsgerechte Grundversorgung für die betroffenen Ortsteile gewährleisten. Zwar weisen die für eine Landgemeinde antragstellenden Gemeinden untereinander vielfältige infrastrukturelle, historische, verwaltungsmäßige und gesellschaftliche Verflechtungsbeziehungen auf, allerdings gilt dies auch für die Stadt Weimar und die Gemeinde Nohra.

Infrastrukturell liegt bereits eine Vernetzung bei der Wasserver- und der Abwasserentsorgung vor. Hier ist die Stadt Weimar seit Jahren ein verlässlicher Partner bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Eine starke wirtschaftliche und für die Gemeinde Nohra attraktivere Alternative stellt die Stadt Weimar auch beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (ÖPNV) sowie der Müllentsorgung dar. Im Bereich der sozialen Infrastruktur, etwa beim Angebot an Bildungseinrichtungen mit Bibliotheken, Schulen, Universität, Hoch- und Fachschulen sowie Forschungseinrichtungen bietet Weimar ein erstklassisches Portfolio. Dies gilt analog für Fürsorgedienstleistungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Altenpflegeeinrichtungen, Frauenhäusern, Pflegediensten und anderem.

Das Weimarer Gesundheitssystem mit Krankenhäusern, Arztpraxen und Rettungsdiensten wird bereits intensiv von den Einwohnern Nohras genutzt, ebenso wie die kulturellen Angebote der Stadt Weimar mit Ausstellungen, Museen, Theatern und Kinos.

Die soziale Sicherung (Arbeitslosenversicherung/Jobcenter, Renten- und Pflegeversicherung) der Stadt Weimar wie auch die Infrastruktur der öffentlichen Sicherheit mit Bevölkerungsschutz, Polizeiinspektion und der Weimarer Berufsfeuerwehr bieten einen deutlichen Vorteil für Nohra gegenüber einer künftigen Landgemeinde.

Die Stadt-Umland-Beziehungen zwischen Weimar und den angrenzenden Gemeinden sind bereits jetzt ausgeprägt und verflochten. Wohnen im Umland und Arbeiten in Weimar, die Nutzung der Weimarer Freizeitangebote, Zugriff auf Weimarer Schulen oder das Gesundheitssystem und auf den Groß- und Einzelhandel der Stadt zeigen dies bereits. Weimar möchte hingegen durch großflächige Gewerbeansiedlungen sich auch als Wirtschaftsstandort verbessern und seine Leistungsfähigkeit stärken. Dies auch, um die Aufwände der vorbenannten Daseinsvorsorge leisten zu können. Dieses Ziel wäre nicht erreichbar, würde die Gemeinde Nohra zur künftigen Landgemeinde gehören. Eine Eingliederung zur Stadt Weimar wäre die gewünschte Stärkung der Stadt Weimar als Mittelzentrum. Hierfür sprechen überwiegende Gemeinwohlgründe.

Für die Gemeinde Nohra verfügt die Zugehörigkeit zur Landgemeinde im Verhältnis zur Stadt Weimar nur über eine strukturbedingt eingeschränkte Leistungsfähigkeit. Gründe hierfür sind bereits ausführlich in der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 und zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik dargelegt worden. Künftig wird der Finanzbedarf der Landgemeinden aus verschiedenen Gründen steigen (z. B. durch Tarifierhöhungen bzw. –vereinheitlichungen, durch derzeit noch nicht vorhandene moderne Verwaltungsstrukturen). Dieser Bedarf kann kaum ausgeglichen werden. Eine Optimierung des Personalbestandes oder der Verwaltungsabläufe und –Strukturen sind faktisch nicht möglich, da der Personalansatz oft bis zum möglichen Minimum reduziert ist oder die notwendigen Verwaltungskosten nicht getragen werden können.

Die Gemeinde Nohra würde bei einer künftigen Zugehörigkeit zur Stadt Weimar gegenüber der Zugehörigkeit zur Landgemeinde viel mehr von einer höheren Verwaltungskompetenz sowie besserer materieller und finanzieller Ressourcen profitieren.

Anders, als im Gesetzentwurf behauptet, ist eine Landgemeinde insbesondere für die Gemeinde Nohra mit ihren Ortsteilen Nohra, Obergrunstedt, Ulla und Utzberg gerade nicht die einzige und aus Sicht der Stadt Weimar auch im langfristigen Interesse der Gemeinde Nohra nicht die beste und zukunftsfähigere Option.

Dies gilt zum Beispiel in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung Nohras, deren Finanzstärke, für die kulturelle Entwicklung und das öffentliche Leben, für die Eigenständigkeit der Ortsteile, für den öffentlichen Personennahverkehr, die Infrastruktur oder für die Nutzung und Konzeptbreite von Schulen und Kindergärten. Auch für die Sicherheit der Gemeinde z. B. beim Brandschutz, der Modernisierung der Verwaltung oder der Entwicklung von Gebühren und Steuern kann die Zugehörigkeit der Gemeinde zur Stadt Weimar eine starke, ja sogar die bessere Alternative darstellen.

Die Steuereinnahmen je Einwohner der kreisfreien Stadt Weimar liegen, wenn auch nicht so deutlich, wie in Isseroda, Mönchenholzhausen oder Nohra, ebenfalls über dem vom Thüringer Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt. Eine Angliederung der Gemeinde Nohra an die kreisfreie Stadt Weimar würde für die Ortsteile von Nohra eine gute finanzielle und personelle Leistungskraft herstellen. Die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge können hiermit rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich erfüllt werden. Die Finanz- und Steuerkraft einer Landgemeinde würde aus Sicht der Gemeinde Nohra eine Schlechterstellung zum Status quo darstellen.

Die Belange, die für die hier aufgezeigte Angliederung der Gemeinde Nohra an die kreisfreie Stadt Weimar sprechen, überwiegen in einigen Punkten gegenüber den Belangen der beantragten Bildung einer Landgemeinde. Mit Blick auf die beschriebenen Themen ist ein Zusammenschluss der Gemeinde Nohra und der kreisfreien Stadt Weimar gerechtfertigt. Eine Angliederung wäre für die Ortsteile der Gemeinde Nohra keine Schwächung des betroffenen ländlichen Raums.

Der Erhalt der bestehenden 4 Ortsteile kann von der kreisfreien Stadt Weimar zugesichert und vertraglich geregelt werden.

Die Gemeinde Nohra einschließlich ihrer Ortsteile und die kreisfreie Stadt Weimar sind durch ihre Lage an der Bundesautobahn A4, der Bundesstraße 7 und der Ortsumgehungsstraße verkehrstechnisch sehr gut an das überregionale Straßennetz angeschlossen und auch gut über Kreis- und Landesstraßen sowie die Bundesstraße 7 miteinander verbunden. Im Ortsteil Ulla befindet sich ein Bahnhof, in dem Züge in Richtung Weimar und Bad Berka halten. Das Gemeindegebiet Nohras ist bereits mit Überland-Buslinien an die Stadt Weimar angeschlossen. Ein Ringschluss der Weimar-eigenen Buslinien über Legefeld, Holzdorf nach Obergrunstedt in die Gemeinde Nohra sowie ein Ausbau von Taktzeiten für die Busse zwischen den Ortsteilen und der Stadt Weimar kann als gemeinsame Zielstellung verankert werden. Hiervon profitieren die Gemeinde Nohra und die Stadt Weimar gegenseitig.

Die Müllentsorgung über die kreisfreie Stadt Weimar würde im Falle einer Gemeindeangliederung zur Stadt Weimar eine deutlich geringer belastende Alternative für die betroffenen Haushalte der Gemeinde Nohra darstellen. Geringere Gebühren für die Einwohner der betroffenen 4 Ortsteile wären die spürbare Folge. Die im Rahmen einer Ausschreibung für mehrere Jahre erzielte Festpreisbindung für die Restabfallentsorgung der Stadt Weimar ist wesentlich günstiger, als die derzeit anfallenden Kosten im Landkreis Weimarer Land.

Die Gemeinde Nohra ist bereits Mitglied im Wasserversorgungszweckverband Weimar. Zudem wird die Gemeinde Nohra durch den Abwasserbetrieb Weimar betreut. Insbesondere die Betreuung durch den Abwasserbetrieb Weimar stellt für die Gemeinde Nohra ebenfalls ein wirtschaftlich vorteilhaftes und damit relevantes Detail dar. Der Fortbestand der Abwasserentsorgung durch den Abwasserbetrieb Weimar kann durch eine Zuordnung der Gemeinde Nohra zur kreisfreien Stadt Weimar für die Zukunft gesichert werden.

Auch in Bezug auf das Angebot von Bildungseinrichtungen stellt eine künftige Landgemeinde für die Gemeinde Nohra und ihre Ortsteile nicht die beste Alternative dar.

Anders, als im Gesetzentwurf beschrieben, stehen der künftigen Landgemeinde die Weimarer Gymnasien nur eingeschränkt, und aktuell aufgrund fehlender freier Kapazitäten gar nicht zur Verfügung. Für den Fall einer Angliederung der Gemeinde Nohra zur kreisfreien Stadt Weimar stehen dem Einwohner von Nohra dann sämtliche Weimarer Bildungseinrichtungen vollumfänglich zur Verfügung.

Dies spricht ebenfalls für eine mögliche Angliederung der Gemeinde Nohra zur kreisfreien Stadt Weimar. Hier ist Weimar gegenüber einer neuen Landgemeinde die bessere Alternative.

Im Ergebnis dieser Stellungnahme ist durch die Landesregierung zu prüfen, ob die hier aufgezeigte Variante einer Gebietserweiterung der Stadt Weimar anstelle der geplanten Landgemeinde Teil einer freiwilligen Neugliederung und Teil des Gesetzentwurfs der Landesregierung sein kann und muss.

Mit freundlichen Grüßen

Oberbürgermeister